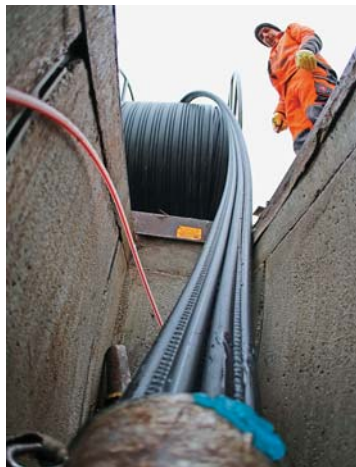


E-HEALTH

Langsames Internet bremst Telemedizin aus

Telemedizin und Digitalisierung im Gesundheitswesen werden in Deutschland von einer mangelnden Infrastruktur ausgebremst. Darauf hat die Landesärztekammer Hessen hingewiesen. Voraussetzung für die Umsetzung der digitalen Anwendungen sei eine funktionierende telematische Infrastruktur, sagte der Präsident der Kammer, Dr. med. Gottfried Knoblauch zu Hatzbach, kürzlich in Frankfurt. „Doch noch fehlt ein flächendeckendes, schnelles und hochleistungsfähiges Internet. Gerade auf dem Land, wo sich der Ärztemangel bereits bemerkbar macht, muss die technische Infrastruktur jedoch zuverlässig zur Verfügung stehen“, sagte er.

Von Knoblauch zu Hatzbach wies auch darauf hin, dass der Austausch von Patienteninformationen zwischen verschiedenen Institutionen im Gesundheitswesen bislang nicht gesichert sei, da es keine einheitlichen Schnittstellen gebe, die



Glasfaserkabel und schnelles Internet sind in vielen Regionen Wunschen.

Foto: dpa

das problemlose und sinnvolle ineinandergreifen unterschiedlicher Systeme und Anwendungen ermöglichen. „Hier sind noch einige Hürden zu überwinden. Die Politik muss die Rahmenbedingungen für die Nutzung telemedizinischer Anwendungen schaffen“, forderte der Kammerpräsident. *hil*

GLEICHBEHANDLUNG

Ärztinnenbund mahnt Kulturwandel an

Ärztinnen sind in vielen Gremien nach wie vor nicht ausreichend repräsentiert. Das hat Dr. med. Christiane Groß, Präsidentin des Deutschen Ärztinnenbundes, anlässlich des 35. Kongress in Berlin moniert

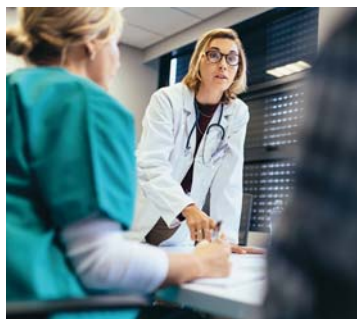


Foto: jacobundstockphoto

Gleiche Karrierechancen sind nach wie vor im Gesundheitswesen nicht gegeben.

und einen „Kulturwandel“ gefordert. Perspektivisch müsse sich ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis in Führungspositionen wie etwa bei Chefärztinnen, in Klinikleitungen, den Gremien ärztlicher Selbst-

verwaltung und in der Wissenschaft widerspiegeln, sagte sie.

Der Einsatz von Ärztinnen für gleiche Karrierechancen und für familienfreundliche Arbeitsbedingungen sei – trotz mancher wichtiger Erfolge – weiterhin erforderlich, betonte Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) in einem schriftlichen Grußwort. Der Blick in Arztpraxen, Kliniken und Hörsäle zeige, dass die Medizin weiblicher geworden sei. Dennoch sei man von einer angemessenen Beteiligung von Frauen an den Leitungsaufgaben noch weit entfernt, räumte er ein. Regina Kraushaar vom Bundesministerium für Gesundheit wies auf Änderungen der vergangenen Legislatur hin: Dazu gehörten die Ausweitung der Vertretungsregelung für Ärztinnen nach der Entbindung von sechs auf zwölf Monate, aber auch Änderungen bei Kindererziehungszeiten. *ER*

ELEKTRONISCHE GESUNDHEITSKARTE

Bund der Steuerzahler kritisiert Kostenexplosion

Der Bund der Steuerzahler hat die künftige Regierung zu einem schärferen Vorgehen gegen Verschwendung öffentlicher Gelder aufgefordert. Im Schwarzbuch prangert der Verband auch Fehlschläge in der Digitalisierung im Gesundheitswesen an. Die elektronische Gesundheitskarte (eGK) bezeichnete der Bund als „skandalös“. Die eGK könne elf Jahre nach ihrer Einführung noch nicht richtig genutzt werden. Dabei beliefen sich die Kosten für Entwicklung und Hardware auf rund 2,2 Milliarden Euro. Erst 2015 sei die eGK ausgeliefert worden – mit einer Verspätung von neun Jahren. Neu seien zu diesem Zeitpunkt nur das Passbild des Versicherten gewesen, das auf die Karten gedruckt wurde, und ein Vermerk zum Geschlecht. „Alle anderen Funktionen können bis heute nicht genutzt werden“, so der Steuerzahlerbund. In diesem Jahr solle mit einer Verspätung von dann elf Jahren die Umstellung aller Praxen und Kliniken auf die ursprünglich geplanten Anwendungsmöglichkeiten der eGK erfolgen. „Da elf Jahre in der Software- und Hardwareentwicklung mehrere Technikgenerationen ausmachen, wird die eGK, wenn sie jemals umgesetzt wird, vollkommen veraltet sein“, kritisiert der Steuerzahlerbund. Außerdem sei das System, wenn es flächendeckend verfügbar sein werde, noch lange nicht leistungsfähig. „Viele der geplanten Anwendungen, wie die elektronische Fallakte, die Organspendeerklärung, die Sicherheitsprüfung für Arzneimittel-Therapie oder die elektronische Patientenakte, befinden sich noch in der Entwicklung“, heißt es. Der Steuerzahlerbund kritisiert zudem, dass in der geplanten Telematikinfrastruktur (TI) der Patient nicht Herr seiner eigenen Daten sei. Es werde für die Patienten nicht möglich sein, all ihre Patientendaten zu verwalten, da für den Zugriff auf einen Teil der Datensätze ein elektronischer Heilberufsausweis erforderlich sei. Das werde eine „erneute Debatte über das System auslösen“. *hil*